Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92 . Druck u. Versand Joh. van Acken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14 . Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 25 | Düsseldorf, den 22. Juni 1929 | Versandort Krefeld

Die Herren „Dreißiger" von heute

Die Aussperrungswillkür der schlesischen Textilindustriellen

In seinem Drama „Die Weber" hat Gerhard Hauptmann der Brutalität der schlesischen Textilfabrikanten zur Zeit der schlesischen Webernot ein bleibendes Denkmal gesetzt. Die „Herren Dreißiger" in Peterswaldau waren es, die durch ihre empörende Rücksichtslosigkeit die hungernde Arbeiterschaft zur Aufruhr und Verzweiflung trieben.

„Die Herr'n Dreißiger die Schinker sind".

So rief im Weberlied das verzweifelte Volk seine Anklage den Fabrikanten entgegen. — Jahrzehntelang ist das damalige Elend der schlesischen Textilarbeiterschaft und das Wort von den „Herren Dreißiger" im Volke sprichwörtlich geblieben. Und noch heute erzählen die Väter und Großväter ihren Kindern und Enkeln von jener Zeit der schlesischen Webernot.

Wenn man in jenen Orten und Dörfern heute die neu aufstehende Not der schlesischen Textilarbeiter sieht, dann ist man versucht, Vergleiche zu ziehen zwischen der Lage der schlesischen Textilarbeiterschaft von damals und heute und zwischen den Arbeitgebern in der schlesischen Textilindustrie von damals und heute:

— Damals schon versuchten die schlesischen Fabrikanten, die technisch fortschreitende Konkurrenz mit billigen Löhnen ihrer Arbeiter zu unterbieten und die Rückständigkeit der schlesischen Handweberei auszugleichen durch Lohndruck und Lohnabbau. Das „schlesische Weberelend" war die Folge dieser kurzsichtigen Handlungsweise. **Auch heute wieder glauben die schlesischen Industriellen den Wettkampf mit ihrer Konkurrenz durch billige Löhne ihrer Arbeiterschaft führen zu können und versuchen, die wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten durch Lohndruck und Lohnabbau.**

Erst der „Nutzen" — dann die Arbeiterschaft!

Jahrzehntelange gewerkschaftliche Arbeit hat zweifellos die Lage der schlesischen Textilarbeiterschaft von heute gegen die Lage der schlesischen Weber von damals erheblich gebessert. Die soziale Gesinnung der schlesischen Industriellen aber ist dieselbe geblieben. Heute wie damals stellen sie den Profit über alles. Der Nutzen und eigene Vorteil geht ihnen vor das Wohl ihrer Arbeiterschaft. Und die gegenwärtige Einstellung der schlesischen Textilindustriellen; ihr rücksichtsloser Kampf gegen die Arbeiterschaft zeigt, daß sie bereit sind, selbst die Existenz ihrer Arbeiterschaft ihrem Gewinnstreben zu opfern. Wir haben oft genug von der wirtschaftlichen Notlage dieser schwer bedrängten Kolleginnen und Kollegen in Schlesien berichtet. Jeder Tag bringt neue erschütternde Beweise dieser Not. Wenn unsere Leser glaubten, aus dem in der letzten Nummer unserer Zeitung aufgenommenen Bericht eines Pressevertreters über die Lage der Arbeiter im schlesischen Aussperrungsgebiet („Ein Arbeitskampf ums Leben") Beispiele äußerster Not zu lesen, so beweist ihnen die in unserer heutigen Ausgabe wiedergegebene Zuschrift eines schlesischen Textilarbeiters, daß unsere Schilderungen durch die wirklichen Verhältnisse in der schlesischen Textilarbeiterschaft noch weit übertroffen werden. Mit Höchstlöhnen von 20—25 Mk. müssen Familienväter bei voller Arbeitszeit mit Frau und Kindern existieren. Bei Kurzarbeit sinken diese Verdienste bis auf 12 bis 15.— M. die Woche. **Es ist nicht verwunderlich, wenn unter solchen Verhältnissen ein großer Teil unserer Kolleginnen und Kollegen in der schlesischen Textilindustrie dauernd zu ihren Löhnen noch Wohlfahrtsunterstützungen beziehen müssen, um überhaupt existieren zu können.**

Die „hohen" Löhne —:

Es ist bezeichnend für die in der schlesischen Textilindustrie bezahlten Löhne, daß viele von den ausgesperrten Textilarbeitern jetzt vom Verbande eine Aussperrungsunterstützung beziehen, die beträchtlich höher ist als der vordem verdiente Lohn.

Besonders kraß ist die Notlage der Arbeiterschaft im Landeshuter Bezirk. So berichtet eine Berliner Zeitung, daß man dort seitens der Textilarbeiterschaft „voll Achtung zu dem Waldenburger Bergarbeiter aufblickt, über dessen großes Elend schon so oft geschrieben worden ist. — Mag er in einer, dem deutschen Durchschnitt noch so unvergleichlichen Notlage leben: für den Textilarbeiter ist er ein besser situierter Herr!" — Mit Recht sagt dazu die Schriftleitung unserer Zeitung „Der Deutsche": „Aber ein Herr in Lumpen mit leeren Taschen!"

Unter diesen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, daß auch die Oeffentlichkeit trotz der Irreführungsversuche der Arbeitgeber immer offener für die Arbeiterschaft Partei ergeift. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß diesen Zuständen ein Ende bereitet werden muß. Allgemein wird die Stellungnahme der Gewerkschaften, ihr Widerstand gegen die Lohnabbauabsichten der Arbeitgeber und ihr Festhalten an der Forderung auf eine beträchtliche Verbesserung der Löhne in der schlesischen Textilindustrie als berechtigt anerkannt. So schrieb die „Schlesische Volkszeitung", die sich bisher vorsichtig einer eigenen Meinungsäußerung [illegible] Stellungnahme der Gewerkschaften:

„Die Gewerkschaften wären schlechte Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft, wollten sie mitbeschließen, daß die augenblicklichen Löhne auf weitere 2½ Jahre verlängert werden. Man rechnet immer mehr mit einem Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages; von diesem würde die schlesische Textilindustrie im starken Maße Nutznießer sein. Auch die Rationalisierung hat sich in der schlesischen Textilindustrie immer mehr durchgesetzt. Wenn sie heute noch nicht die erhofften Auswirkungen zeigt, so sind sie doch bei besserer Konjunktur zu erwarten. — An diesen Faktoren dürfen die Gewerkschaften ebensowenig vorübergehen, wie an der Tatsache der schlechten schlesischen Lohnverhältnisse."

Diese Ausführungen von neutraler Seite zeigen, wie berechtigt die Stellungnahme der Gewerkschaften ist. Die Arbeiterschaft weiß das; darum steht sie geschlossen hinter ihren Organisationen.

M.

Die wirtschaftliche Seite

M. Immer schärfer zeigen sich allgemein im Wirtschaftsleben Schlesiens die schlimmen Folgen der Aussperrung in der Textilindustrie. Denn nicht allein die schlesischen Textilarbeiter, sondern alle Wirtschaftszweige werden durch die Maßnahmen der Textilindustriellen stark betroffen. Der Geschäftsgang stockt, Handwerker und Gewerbetreibende, Händler und Geschäftsleute warten vergeblich auf Kundschaft und Geld. Die ohnehin nur unzulänglich kaufkräftige Textilarbeiterschaft muß ihre Bedürfnisse aufs mindeste einschränken. Die notwendigsten Lebensmittel sind das Einzige, das sie kaufen kann, — zum Teil sogar auf Kredit beziehen muß. Die Folgen treten in jenen Orten, die reine Textilgebiete sind, besonders in Erscheinung. Die Notlage der ausgesperrten Textilarbeiterschaft droht zu einer allgemeinen Katastrophe zu führen.

Aber nicht nur für die Arbeiterschaft und die übrigen Wirtschaftszweige, sondern auch für die schlesische Textilindustrie selbst, beginnt die überstürzte, grundlos durchgeführte Aussperrung sich verhängnisvoll auszuwirken. Mit der Stillegung der Betriebe ist es nicht getan. Allmählich sehen auch die schlesischen Textilfabrikanten das ein. Die anhaltende Aussperrung läßt ihnen Zeit, sich Gedanken über die tieferen Auswirkungen dieser Maßnahme zu machen. Mag bei oberflächlicher Beurteilung eine vorübergehende Betriebsstillegung auch zweckmäßig und tragbar erscheinen, bei anhaltender Produktionseinstellung ändert sich diese Kalkulation. Der unsichtbare Posten „verlorengehende Aufträge — verlorengehende Kunden", beginnt die Debetseite untragbar zu belasten! Die Kundschaft wartet nicht mit der Abnahme der lieferpflichtigen Waren und mit der Erteilung der neuen Aufträge, bis es der Arbeitgebervereinigung gefällt, die Aussperrung wieder aufzuheben. Die Konkurrenz ist nicht müßig. Günstigere Liefer- und Zahlungsbedingungen erleichtern es den ungeduldig werdenden Abnehmern, ihre Aufträge an lieferfähige Konkurrenten zu geben. So gehen den aussperrenden schlesischen Fabrikanten nicht nur Aufträge und Kunden verloren an andere deutsche Textilgebiete, sondern noch mehr an die benachbarte Textilindustrie der Tschechoslowakei. Verlorene Kunden wiederzugewinnen ist schwer. Das wissen auch die schlesischen Fabrikanten. Sie beginnen einzusehen, daß ihr Exempel zum eigenen Schaden war. Die Tatsache, daß der Verband schlesischer Textilindustrieller „Schwarzarbeit" abhalten muß, bestätigt unsere Feststellungen. Vor allen Dingen die kleineren Fabrikanten sind es, die schwer in ihrer Existenz und Selbständigkeit bedroht sind. Sie sind nicht allein abhängiger von ihrer Kundschaft als die großen Unternehmen, sondern auch finanziell nicht in dem Maße leistungsfähig, um die für die Wiederanbahnung des Geschäftes notwendigen Voraussetzungen (Zahlungs- und Lieferungsbedingungen) nach Beendigung der Aussperrung zu erfüllen. Verschiedene große Unternehmen haben zudem in der Tschechoslowakei eigene Betriebe, bezw. sind an solchen beteiligt, so daß sie nicht nur der Abwanderung eigener Kunden an diese tschechischen Betriebe ruhig zusehen können, sondern durch diese tschechischen Werke auch noch den kleineren Unternehmern die Aufträge und Kunden selbst abnehmen. Zu spät sehen die selbständigen kleineren Unternehmer das jetzt ein und merken allmählich, wohin die Reise geht: Aus der Entstehung der schlesischen Industrie zur Zeit der Haus- und Handweberei und aus ihrer Entwicklung über das Verlagswesen zur Lohn- und Fabrikarbeit begründet, ist die Vielheit kleiner selbständiger und unabhängiger Unternehmer noch heute eines ihrer Hauptmerkmale. Wiederholte Zusammenschlußbestrebungen, Kartellierungsversuche und Versuche, Interessengemeinschaften zu bilden, sind an diesem traditioneller Selbständigkeitswillen der schlesischen Fabrikanten gescheitert. Der Widerstand der kleinen Unternehmer gegen solche Fusionen soll jetzt gebrochen werden. Was auf dem Wege über Interessengemeinschaften und Kartelle nicht gelang, soll jetzt durch die wirtschaftliche Erdrückung, durch die Aufsaugung kleiner und mittlerer Unternehmen von der Großindustrie über den Umweg der Aussperrung erreicht werden. Die Tatsache, daß gerade die Vertreter der großen Unternehmen (Dierig) die radikalsten Wortführer der Aussperrungspolitik der schlesischen Textilindustriellen-Vereinigung sind, ist dafür bezeichnend. Das letzte Ziel ihrer Aussperrung ist nicht lohnpolitischer Art, sondern in wirtschaftlichem Machtstreben zu suchen.

Der Beschluß der Arbeitgebervereinigung für die deutsche Textilindustrie, die schlesischen Textilindustriellen in ihrem Lohnkampf „mit allen Mitteln" zu unterstützen, gewinnt unter diesen Gesichtspunkten besondere Bedeutung. Es wäre irrig, diesen Beschluß als ein Zeichen der Stärke und Geschlossenheit der schlesischen Textilindustriellen und nur von lohnpolitischen Gesichtspunkten aus zu beurteilen. Auch dieser Beschluß bestätigt vielmehr die oben gezeigten Pläne. Die selbständigen, mittleren und kleineren Textilunternehmer Schlesiens drängen aus der Erkenntnis ihrer Lage heraus nach einer Beendigung der Aussperrung, die ihre Existenz und Selbständigkeit bedroht. Die Folge dieses Drängens ist der Berliner Beschluß, der — wie die Arbeitgeber ganz richtig erwarteten — nicht zuletzt mit Veranlassung zur Wiederaufnahme der Schlichterverhandlungen gewesen sein dürfte und lediglich den Zweck hat, einerseits einer moralischen Rückenstärkung der Arbeitgeber zu dienen und andererseits Möglichkeiten für eine Beendigung der überstürzten Aussperrung zu schaffen. Inwieweit dabei die in ihrer Selbständigkeit bedrohten Unternehmer in der nachträglichen Sicherung ihrer Stellung Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten.

Die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Konzentration in der schlesischen Textilindustrie soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls gibt es andere Mittel, sie durchzuführen, als eine Aussperrung. Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, sich von verantwortungslosen Großindustriellen lediglich als Objekte der Unternehmerpolitik behandeln zu lassen.

Schlesische Hungerlöhne

Ein Textilarbeiter schreibt uns:

Mit dem Artikel „Ein Arbeitskampf ums Leben" kann ich mich als Arbeiter und christlicher Gewerkschaftler nicht ganz einverstanden erklären. Der Verfasser nennt Löhne, die zwar auf dem Papier stehen, in Wirklichkeit aber nur von den besten Arbeitern erreicht werden. Voraussetzung ist dabei noch: volle Arbeitszeit, gutes Material und keinerlei Reparaturen an den Maschinen. Der größte Teil der Arbeiter geht aber mit weit geringerem Lohn nach Hause.

Der gegenwärtige Streit wurde von den Gewerkschaften nicht mutwillig vom Zaune gebrochen, sondern eine bittere Notwendigkeit zwang sie zur Abwehr. Die fortgehende Teuerung führte die Arbeiterschaft wieder zu dem alten, berühmten schlesischen Weberelend zurück. Einige Fälle, die schon als Durchschnitt gelten können, möchte ich anführen:

Ein Kollege, als nichtangestellter Expedient tätig, erhält einen Stundenlohn von 61 Pf., mithin bei voller Arbeitszeit (46 Stunden) 25,77 RM. wöchentlich. Seine Familie besteht aus Ehepaar und fünf Kindern. Der Haushaltsetat sieht folgendermaßen aus:

Miete	2,—	RM.
Licht und Heizung	3,25	„
5 Brote à 60 Pfg.	3,—	„
20 Pfund Kartoffeln à 7 Pfg.	1,40	„
Mehl, Zucker, Reis, Waschmittel, Hülsenfrüchte, Kaffee und Kakao	5,06	„
Brotaufstrich (1 Pfd. Fett, 3 Pfd. Margarine und ½ Pfd. Käse)	4,30	„
Fleisch	2,—	„
Milch, 15 Liter à 26 Pfg.	3,90	„
Pflegegeld für die Kinder	1,—	„
Zeitung, Verbandsgeld, Versicherung und Vereinsbeiträge	2,50	„
Summe	28,41	RM.

Daß hier wirklich eine Not herrschen muß, ergibt sich daraus, daß der Kollege laufende Unterstützung vom städtischen Wohlfahrtsamt erhält. Deutlicher können wohl die schlesischen Hungerlöhne nicht charakterisiert werden, als hier, wo ein bessergestellter Arbeiter bei dem höchsten ihm zustehenden Lohne seine Familie nicht ernähren kann.

Ein weiterer Fall (Alleinverdienerin)

Eine Kollegin verdient als Spulerin im Akkord im Durchschnitt 18,20 RM. Der Haushaltsetat dieser Familie, die aus vier Köpfen besteht, setzt sich folgendermaßen zusammen:

Miete	3,50	RM
Licht und Heizung	3,—	„
4 Brote à 60 Pfg.	2,40	„
10 Pfund Kartoffeln à 7 Pfg.	0,70	„
Mehl, Zucker, Reis, Waschmittel, Hülsenfrüchte, Kaffee und Zusatzmittel	3,70	„
Brotaufstrich, 1½ Pfund Margarine	1,50	„
Fleisch, 1 Pfund	1,40	„
Milch, 7 Liter	1,82	„
Pflegegeld für die Kinder	1,—	„
Zeitung, Verbandsgeld, Versicherung	1,85	„
Summe	20,87	RM.

Wo bleibt bei beiden Kleidung, Schuhwerk, Schulbücher usw.?

Zu diesen katastrophalen Verhältnissen kommt in den meisten Fällen noch die Wohnungsnot. Der Kollege im ersten Falle wohnt mit seiner Familie (Ehepaar mit fünf Kindern im Alter von 1 bis 6 Jahren) in einem Raume mit einer Grundfläche von knapp 25 Quadratmetern. Wenn ihm auch eine größere Wohnung angeboten würde, wäre es ihm doch nicht möglich, diese zu bezahlen. Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn so viel unterernährte und tuberkulöse Kinder heranwachsen.

Die schlesischen Textilindustriellen behaupten bei jeder Gelegenheit, die schlesischen Arbeiter sind minderleistungsfähig. Wenn die Behauptung wirklich zutrifft, so ist das kein Wunder, denn eine Arbeiterschaft, die unter solchen elenden Verhältnissen heranwächst, kann einfach nicht mehr leisten.

Die Organisationen haben zwar im Laufe der Zeit Verbesserungen für die Arbeiterschaft erkämpft. Daß aber noch zu wenig erreicht wurde, beweisen die vorstehenden Beispiele.

K. A.

Wir veröffentlichten den Artikel „Ein Arbeitskampf ums Leben" mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß es sich hier um eine Beurteilung der schlesischen Verhältnisse durch andere Kreise handle. Die Ausführungen des Kollegen zeigen, daß die tatsächlichen Verhältnisse noch weit schlimmer liegen. Auch seine Zeilen zeigen die Richtigkeit unserer Feststellung, daß die Forderungen unseres Verbandes nur zu berechtigt sind.

Die Schriftleitung.

Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!

Uns wird geschrieben:

Im Oberbrucher Kunstseidenbetrieb der Vereinigten Glanzstoffwerke, der rund 100 Schwerbeschädigte beschäftigt, hat die Steigerung der Arbeitsintensität Folgen gezeitigt, die aufs schärfste zu verurteilen sind. Arbeiten, die früher von zwei bis drei Personen ausgeführt wurden, müssen heute von einer Person ausgeführt werden. Dabei herrscht ein Antreibersystem, das jeder Beschreibung spottet. Nervenerkrankungen sind an der Tagesordnung. Wenn dann die Arbeiterinnen mit einem ärztlichen Attest kommen, um vorübergehend eine leichtere Beschäftigung zu erhalten, heißt es: „Wenn sie ihre bisherige Arbeit nicht verrichten können, dann müssen sie krank feiern oder aufhören."

Den Schwerbeschädigten in diesem Werk hat man in den Nachkriegsjahren, bis etwa voriges Jahr, immer eine leichte Beschäftigung gegeben. Neuerdings aber hat man fast sämtliche Kriegsbeschädigte, die bisher im Textilbetrieb mit Anschreiberarbeiten beschäftigt waren, fast alle mit körperlichen Arbeiten beschäftigt. Da unter diesen Arbeitern solche waren, die Anfälle bekamen oder diese Arbeiten nur mit Schmerzen verrichten konnten, hat der in Frage kommende Vertrauensmann der Kriegsbeschädigten sich bemüht, durch geeignete Vorschläge leichtere Beschäftigung für diese Leute zu bekommen, ohne aber immer Entgegenkommen zu finden. Infolgedessen hatten einige Kriegsbeschädigte eine Beschwerde beim Landeshauptmann in Düsseldorf erhoben. Als man schon glaubte, die Sache sei im Sande verlaufen, erschienen eines Tages zwei Herren im Betriebe, die zunächst eine Unterredung mit dem Syndikus des Werkes hatten. Der Vertrauensmann der Kriegsbeschädigten, zur Besprechung seiner Beschwerde gebeten, stellte sofort fest, daß sich die Herren schon eingehend mit den Fragen der Kriegsbeschädigten befaßt hatten. Allerdings nicht in dem Sinne, um ihnen eine leichtere Beschäftigung zu geben, sondern mit der Begründung, daß die Beschäftigung an der sogenannten Spulenschleifmaschine eine leichte Beschäftigung sei. Es verdient betont zu werden, daß sich der Vertrauensmann sechs Herren gegenübersah, die alle das Ziel hatten, die Beschäftigung der Schwerbeschädigten an einer Spulenschleifmaschine als eine leichte Beschäftigung zu bezeichnen. Trotzdem einer der Herren bei der Besichtigung zugeben mußte, daß für einen Schwerbeschädigten mit einem Beckenschuß die Arbeit evtl. zu schwer sei. Man wäre bereit, den Betreffenden von einem Vertrauensarzt untersuchen zu lassen, und wenn sich dann ergebe, daß die Arbeit zu schwer sei, ihm eine andere Beschäftigung zu geben. Ob diese Feststellung der Vertrauensarzt machen kann, steht auf einem andern Blatt

Als der Vertrauensmann angesichts dieser sechs Herren den Wunsch äußerte, man möge demgegenüber wenigstens den Betriebsratsvorsitzenden noch hinzuziehen, erklärte der Vertreter vom Schwerbeschädigtenausschuß Düsseldorf, er habe nur mit dem Vertrauensmann der Kriegsbeschädigten zu tun, während er zugab, daß die Firma mit vier Herren vertreten war. Ob das die Parität wahren heißt? Daß dies im Einverständnis des Herrn Landeshauptmannes geschehen ist, möchten wir bezweifeln

Die Herren der Firma äußerten ferner, daß die Versetzung der Kriegsbeschädigten aus den Textilabteilungen „aus bestimmten Gründen" erfolgt sei. Aber bei aller Würdigung dieser bestimmten Gründe erhebt sich die Frage, warum man denn die Kriegsbeschädigten nicht in den vom Vertrauensmann vorgeschlagenen anderen Abteilungen unterbringen will. Darauf ist die Firma die Antwort schuldig geblieben Man erklärt einfach kategorisch, die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten in der Spulenschleiferei sei eine leichte Beschäftigung und glaubt damit die Sache als erledigt betrachten zu können. Lediglich dazu war man bereit, eine bessere Sitzgelegenheit zu schaffen. Dabei wurde von dem Herrn der Direktion erklärt, daß ein Teil der Kriegsbeschädigten „Stänker" seien, die die andern Arbeiter aufwiegelten

Der Vertrauensmann lud den Vertreter des Schwerbeschädigtenausschusses ein, sich mal mit ihm einen Kriegsbeschädigten auf dem Krankenlager ansehen zu kommen, der nicht mal schwerbeschädigt, sondern nur 30 Prozent beschädigt sei und nur einige Stunden an der genannten Spulenschleifmaschine gearbeitet hatte. Auf seine Auskunft, wo er am arbeiten sei, mußte selbst die Unfallschwester dem Kriegsbeschädigten erklären, daß er doch diese Arbeit nicht verrichten könne. Einige Tage nachher, als der Betreffende krank feierte, brach er zusammen und wurde von den Nachbarn ins Bett getragen. Der behandelnde Arzt stellte Herzstockung fest. Zu bemerken ist noch, daß die Unfallschwester 104 Pulsschläge bei diesem Kriegsbeschädigten feststellte. — Der anwesende Syndikus erklärte allerdings trotz dieses Berichtes, die Kriegsbeschädigten seien nicht schlecht behandelt worden. Der Vorschlag, sich diesen Mann mal anzusehen, wurde vom Vertreter des Schwerbeschädigtenausschusses abgelehnt. Warum? —

Es steht fest, daß der größte Teil der Kriegsbeschädigten aus Furcht vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht den Mut aufbringt, sich zu beschweren, zumal im Werk noch größere Entlassungen infolge Rationalisierung und Steigerung der Arbeitsintensität des einzelnen bevorstehen. Ob diese Leute, die sich beschwert haben, auch in ein besonderes Buch eingetragen werden, wird die Zukunft ergeben. Nur einen Wunsch haben wir: daß der Herr Landeshauptmann diesen Bericht einmal dem des Vertreters des Schwerbeschädigtenausschusses gegenüberstellt. Es ist bezeichnend für die Behandlung der Kriegsbeschädigten in unserem Werke, daß sich im Hinblick auf die Kündigungen ein Kriegsbeschädigter äußerte (da auch solche unter 50 Prozent gekündigt werden sollen), man möge nur ein Massengrab machen, da die Kriegsopfer heute doch längst zuviel auf der Welt seien.

Praktische Jugendarbeit

Unsere Jugendbewegung hat sich im vergangenen Jahre befriedigend entwickelt. Erfreulicherweise hat diese Aufwärtsentwicklung in den letzten Monaten angehalten. Zu Ende des Jahres 1928 bestanden 65 männliche Jugendgruppen im Verbandsgebiete. Die Zahl hat sich inzwischen auf 75 erhöht. Es ist das ein erfreuliches Zeichen für die weitere Entwicklung der Jugendbewegung. Im Bezirk Rheinland war es möglich, noch in den letzten Wochen mehrere Gruppen ins Leben zu rufen. Ueberall herrscht dank der Mitarbeit einiger älterer Kollegen aus den Ortsgruppen ein reges Leben. Jedoch auch in anderen Bezirken gelang es, neue Gruppen zu bilden. Außerdem ist in mehreren Gruppen eine Erhöhung der Mitgliederzahl zu beobachten. In einigen Ortsgruppen war es möglich, die Vorbedingungen zur Gründung einer selbständigen Jugendgruppe zu schaffen. Es muß unser Bestreben sein, in allen Ortsgruppen, wo die Möglichkeit vorliegt, Jugendgruppen zu gründen. Es muß versucht werden, die Jugendlichen auch nach der gewerkschaftlichen und beruflichen Seite hin intensiv zu schulen. Diese Möglichkeit zur Schulung liegt voll und ganz in unseren Jugendgruppen

Beim Besuch der einzelnen Jugendgruppen, in deren Versammlungen bietet sich Gelegenheit, deren Leben und Treiben kennen zu lernen. In den meisten Gruppen herrscht ein recht gesunder Geist. Der Wille, sich selbst und die Gruppe geistig weiter zu bringen, ist bei den meisten Jugendlichen stark vertreten. Hier hängt jedoch vieles vom Führer der Gruppe ab. Er muß der Jugend mit regem Eifer vorangehen. Versteht er es, der Jugend ein wirklicher Führer zu sein, so wird sich in der Gruppe auch ein reges Leben entfalten. Darum muß der Jugendführer ein geistig regsamer Mensch sein, der den Jugendlichen etwas zu bieten imstande ist.

In einigen Gruppen ist der Führer leider mit Arbeiten überladen. Er kann sich dann dem Leben in der Jugendgruppe nicht genügend widmen. Oftmals hat er außer dem Posten des Jugendführers noch weitere Arbeit in der Ortsgruppe zu erledigen. Hier heißt es für die Mitglieder der Jugendgruppe, den Führer entlasten. Sie müssen durch rege Mitarbeit in den Ortsgruppenfunktionen dem Führer einige Arbeit abnehmen. An vielen Orten geschieht das. Die Jugend wächst dadurch weiter in die Bewegung hinein.

Die Tätigkeit und Entwicklung der Jugendgruppen hängt in sehr weitem Masse auch von den Interessen der älteren Kollegen in den Ortsgruppen ab. Zeigen die älteren Kollegen Interesse für die Bestrebungen der Jugendbewegung, so ist die Jugend selbst mit weit regerem Eifer bei der Arbeit. Es wäre daher wünschenswert, wenn die älteren Kollegen hin und wieder auch die Jugendversammlungen besuchen würden. Sie können dann aus ihrem reichen Erfahrungsschatz der Jugend mitteilen. Das ist für die Jugend immer wieder belehrend und regt zu weiterer praktischer Arbeit an. Ein Besuch älterer Kollegen in den Jugendversammlungen kann daher nur von Vorteil sein. Das ist täglich in den Ortsgruppen wahrzunehmen. Es ist ja auch ganz klar, daß — wenn die Jugend sieht, daß die älteren Kollegen mit Interesse der Jugendbewegung gegenüberstehen und sie zu fördern suchen — sie dann mit viel mehr Eifer in der Bewegung mitarbeitet. Nun sind unsere führenden Kollegen in den Ortsgruppen oftmals mit Arbeit überladen. Aber gerade sie sind diejenigen, die unserer Jugend aus ihren Erfahrungen und Kenntnissen mitteilen sollen. Unsere alten, führenden Kollegen werden daher trotz der vielen Arbeiten in den verschiedensten Funktionen hin und wieder eine freie Stunde für unsere Jugendversammlungen finden müssen. Die Jugend wird ihnen dafür dankbar sein, und die Arbeit wird sich sicherlich lohnen. Nur durch eine enge Zusammnarbeit der Jugend mit den älteren Kollegen wird wirklich fruchtbringende Arbeit möglich sein.

Daneben soll und darf die Jugend aber nicht unterlassen, sich durch Selbststudium zu bilden und zu schulen. Das eine muß das andere ergänzen. Der Wille zur geistigen Bildung und Schulung muß in den Kreisen der jugendlichen Mitglieder immer stärker Eingang finden. Sie sind die zukünftigen Träger der Bewegung. Es heißt darum für sie, sich Wissen auf allen Gebieten anzueignen. Das ist in unseren Jugendgruppenversammlungen möglich.

Notwendig ist jedoch eine Schulungsform zu suchen, die den Jugendlichen ein möglichst leichtes und trotzdem intensives Mitarbeiten ermöglicht. Diese Möglichkeit liegt in der Form der Arbeitsgemeinschaft, in der Form der gegenseitigen Frage und Antwort. Da werden die Besucher zu intensiver Mitarbeit angeregt. Sie stehen dann mit dem Vortragenden in enger geistiger Verbindung. Die Stellung von Fragen wird ihnen in diesem Kreise bedeutend erleichtert. Diese Art der Vortragsform sollte auch in unseren Jugendgruppen nach Möglichkeit gepflegt werden

Um auch in den Sommermonaten ein reges Leben in den Jugendgruppen zu entfalten, ist es ratsam, die Versammlungen von Zeit zu Zeit ins Freie zu verlegen. Ein kleiner Ausflug kann sehr gut damit verbunden werden. Hier kann man dem Drange der Jugend nach Freiheit nach der Natur nachkommen. Außerdem läßt es sich in der freien Gottesnatur ebensogut über gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen sprechen, als im Vereinszimmer der Wirtschaft. Kleinere und auch größere Wanderungen sind ebenfalls sehr geeignet, das Leben in der Jugendbewegung anzuregen. Dadurch wächst die Verbundenheit mit der Bewegung.

Versuchen wir darum auch in den kommenden Monaten das Leben in den Jugendgruppen fruchtbringend zu gestalten. Hieran müssen sowohl die Jugendlichen selbst als auch die älteren führenden Mitglieder in den Ortsgruppen nach Kräften mitarbeiten. Wenn das geschieht, ist uns ein weiterer Erfolg in der Jugendbewegung sicher. W. G.

Bilanzstatistik der deutschen Aktiengesellschaften

Auf Grund der bisher vorliegenden Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften gibt das „B. T." eine vorläufige Aufstellung, die recht interessant ist. Es zeigt sich gegenüber 1927 eine ganz geringe Verringerung der durchschnittlichen Erträgnisse für das Jahr 1928. Werden die Banken und Versicherungsgesellschaften ausgelassen, so ergibt sich für die deutschen Erwerbsgesellschaften in Aktienform ein durchschnittlicher Reingewinn von 9,9 Proz. gegenüber 10,2 Proz. im Vorjahre. Der Rohgewinn ist ebenfalls um ein Geringes niedriger, nämlich 19 gegen 19,2 Proz. Die ausgeschütteten Dividenden stellen sich im Durchschnitt auf 7,8 Proz., wie im Vorjahre. Die Rückstellungen aus den Gewinnen zur Verstärkung des Status (Selbstfinanzierung aus den Gewinnen) haben eine leichte Erhöhung erfahren, indem im abgelaufenen Jahre die Gewinnausschüttungen an die Aktionäre nur 73,6 Proz. der erzielten Reingewinne ausmachten, während im Vorjahre volle 75 Proz. zur Dividendenzahlung Verwendung fanden. (Die mit Verlust arbeitenden Aktiengesellschaften sind nicht berücksichtigt)

Durchschnittlich entfallen die höchsten ausgezahlten Dividenden auf die Lebensmittel-, Futter- und Genußmittelindustrien mit 10,8 Proz.; nächstdem folgen die Banken mit 9,3 Proz., Textilindustrie sowie Bergbau und Hüttenwesen mit je 9,1 Prozent.

Aufbruch

Aufbruch heiße ich euch!
Aufbruch aus deutschem Acker der Seele,
Aufbruch aus wirrem Grunde der Zeit,
Aufbruch aus Hader, Aufbruch aus Fehle,
Aufbruch ist Losung, so macht euch bereit!

Rief euch der Strom mit heiligem Ruf,
wisset, ihr steht auf heiligem Grund,
spüret, er kündet euch hohen Beruf,
ahnet, er tritt sich euch mächtig kund.

Sehet, er bündelt Berge und Meer,
schauet, er einet Menschen und Länder,
fühlet, er ist eine deutsche Wehr,
höret. er will euch als starke Wender.

Jugend, des Stromes kündende Art,
Jugend, der Burgen altes Gesicht,
Jugend, gestern und Gegenwart,
Jugend, sorge, daß keines zerbricht . . .

Aufbruch heiße ich euch!
Aufbruch aus deutschem Acker der Seele,
Aufbruch aus wirrem Grunde der Zeit,
Aufbruch aus Hader, Aufbruch aus Fehle,
Aufbruch ist Losung! Wir sind bereit!

Michel Becker.

(Aus dem Festspruch zur Reichstagung der DJK.)

Jugend, Werk und Beruf

Laut ertönt die Sirene. Arbeitsbeginn! Die Fabriksäle füllen sich. Jeder Arbeiter findet seine Stelle, seinen Arbeitsplatz. Da — Bewegung. — Die Dampfmaschine faucht und dröhnt. Zischend entströmt der Dampf ins Freie. Schwer stampft der Kolben im Zylinder. Doch wenige Sekunden nur; dann saust das Rädergetriebe der Transmissionen dann blitzt der Motor im Gehäuse. Dampf und Elektrizität — Elemente der Kraft — durch Menschengeist festgehalten, in den Dienst der Menschheit gestellt, treiben die Maschinen der Produktion.

Und inmitten der krafterzeugenden Kolosse, der Maschine des Produktionsprozesses, steht der Mensch, der werteschaffende Faktor moderner Industriewirtschaft, Körper und Geist einsetzend für die Arbeit. Ein Handgriff: die Webmaschine ist im Betrieb. Die Schützen fliegen hin und her — die Hetzjagd der Produktion hat begonnen.

Der Webstuhl klappert und rasselt. Er singt sein eintöniges Lied der Arbeit. Faden legt sich an Faden. Tuch entsteht. Die Spinnmaschine surrt. Kreischend fährt der Wagen der Selfaktorspinnmaschinen aus und ein. Es summen die Fäden an den Zwirnmaschinen. In fast endlosen Reihen Spindel an Spindel. Moderne Textilindustrie.

Geschäftig an all den Maschinen stehen fleißige Menschen. — Arbeiten. Wofür? Für sich selbst? Nein, für den Fabrikherrn, für den Unternehmer, für den unbekannten Aktionär Diese sind die Nutznießer und Gewinner an der Arbeitskraft der Menschen, der Arbeiter in der Textilindustrie.

Sinnend denkt der Arbeiter an der Technik Werden. Bewundernd betrachtet er die Maschinen. Ja, gefesselte Elemente und maschinelle Technik schufen ein neues Zeitalter aus Stahl und Eisen.

Eisen und Stahl, Maschinen und gewaltige Kraft drängen den Menschen zurück. Sie machen uns zu Sklaven, stoßen uns hinein in ein sinnloses Leben. Verbittert sagt dies der Arbeiter, er empfindet die Ungeheuerlichkeit. Nur die Not zwingt uns täglich in den Bann des Fabrikbetriebes. Seelenloses, geistloses Arbeiten läßt uns Menschen verkümmern. Die Maschine ist die Beherrscherin. Wir Arbeiter sind nur Zahlen geworden im Produktionsprozeß. — Belegschaftsnummern. —

So empfindet der denkende Industriearbeiter sein Los. Er leidet darunter. Ganz besonders der junge Industriearbeiter. Doch, ist es so richtig? Ist die Maschine schuld daran? Soll die Technik wirklich die Räuberin sein, die der Arbeit den Geist nahm? Nein, so ist es nicht! Die Maschine, die Technik soll uns Arbeitern helfen. Unsere Freundinnen müssen beide werden. Als Industriearbeiter müssen wir uns mit der Technik und ihrer Gestaltung verbinden. Die Technik soll uns die Arbeit erleichtern. Wir müssen bei unserer Arbeit erkennen, daß wir der Menschheit dienen. Die Fabrikarbeit in all ihrer Verschiedenheit muß wieder Lebensinhalt und Beruf werden. Nicht nur den nackten Lebensunterhalt verschaffen. Mehr, viel mehr muß sie uns geben. Wir aber müssen die Kraft aufbringen, dies zu erfassen.

Das Los des Industriearbeiters soll in seiner Schwere und Härte nicht verkannt werden. Aber trotzdem muß bei der Arbeiterschaft, beim jungen Industrievolk Aufstiegswille durchdringen. Aus der inneren Denkungsart muß dies herausquellen. Dies ist Grundlage des Erkennens.

Weiter ist stärkeres Zugreifen vonnöten. In den Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft. Gewerkschaftliche Kraft — der Zusammenschluß der einzelnen — gestaltete manches. Das Los des Industriearbeiters konnte erleichtert werden. Die Gewerkschaften sind machtvoll geworden. Durch diesen Einfluß wurde nichts erreicht. Trotz alledem fühlt sich der Arbeiter nicht wohl im Betriebe. Der allergrößte Teil der Industriearbeiterschaft verrichtet die Arbeit ohne Liebe zu ihr. Dies ist unwiderlegbar. Und zugleich eine furchtbare Anklage gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die nur Gewinne kennt und Belegschaftsziffern — das Unkostenkonto mit Argusaugen bewachend.

Durch die Reihen der Jungarbeiter geht ein gewaltiges Sehnen. Ein Ringen setzt ein für ein hohes Ideal, die Jungarbeiterschaft will Berufsfreude und Berufsbewußtsein wecken. Stolz nennt sich der junge Mensch Arbeiter. Bewußt wird dies herausgestellt. Die Jungarbeiterschaft will den Sinn des Berufsgedankens hinaustragen in Betrieb und Werk Sie fordert eine höhere Bewertung des Industriemenschen. Dieses Ringen der jungen Menschen ist nicht von ungefähr gekommen. Still trat das Ringen einzelner zuerst in Erscheinung. Dann stärker zwischen Führung und Gefolgschaft. Heute bricht es gewaltig hervor! Es bewegt gewaltige Menschenmassen der Industrie.

Die Jugend ist hier Trägerin der Idee und der Kraft. Der Beweis dafür sind die guten Versammlungen der Jugendgruppen in unserem Verbande. Die Textilarbeiterjugend steht nicht allein. Zahlreiche Bruderorganisationen entfalten dieselbe Tätigkeit. Gutes leistet die Katholische Werkjugend. Ueberall finden wir das Einsetzen von jungen Kräften für unsere Sache.

Rückwärts schauend sehen wir den Berufsgedanken und auch das Berufsbewußtsein — das Arbeitersein — immer stärker ausgeprägt. In Zukunft wird wuchtiger, viel wuchtiger dies noch zum Ausdruck kommen. Die Grundlagen dafür sind geschaffen.

Seien wir besonders in unserem Verbande freudig mit dabei, zu helfen, zu sammeln, zu gestalten und vorwärts zu kommen. Diener der Bewegung des Standes wollen wir sein. Gemeinsam wirken, schaffen und streben für uns, für das Industrievolk!

Johann Bröykes, Barmen.

Die Wohnungspolitik im sozialen Volksstaat

In der Nr. 12 wiesen wir hin auf einen Aufsatz im Sonderheft der „Kölnischen Zeitung" von Dr. Jörissen über „Privatwirtschaft und Wohnwirtschaftspolitik", der mit erschreckender Deutlichkeit die soziale Einstellung der sogen. Vertreter der freien Wirtschaft aufdeckte. Dr. Jörissen ist unsere Notiz sehr auf die Nerven gefallen, denn in der Haus- und Grundbesitzer-Zeitung „Haus und Grund" widmet er unserer kurzen Notiz über eine Seite. In welcher Stimmung er sich befand, zeigen die Bemerkungen „Elaborat", „Entstellung und wahrheitswidrigen Verschleierungen", „willkürliche Auslegung", „wahrheitswidriger Polemiker", „sozialistisch-agitatorische Auswertung" seines Artikels und dergleichen mehr. Es liegt uns fern, in der Herrn Dr. Jörissen eigenen Sprache zu reden. Wer Unrecht hat, schimpft. Wir wollen einige sachliche Bemerkungen zu seinem Artikel machen, wie auch unsere erste Notiz sachlich gehalten war. Von einer Entstellung und wahrheitswidrigen Verschleierung kann gar keine Rede sein. Jörissen bestreitet auch nicht das von uns Angeführte, sondern versucht jetzt nur eine andere Auslegung, bestätigt aber mit seinen neuen Darlegungen noch einmal das von uns bereits Hervorgehobene.

Dr. Jörissen sagt, wir hätten bestritten, daß die Mieter durch die Unterbindung der Freizügigkeit infolge der Zwangswirtschaft in großem Umfange geschädigt worden seien. Er beruft sich auf ein Zitat der sozialdemokratischen „Volksmacht" in Essen, die darauf hinweist, daß „in der Vorkriegszeit" der deutsche Arbeiter seine Arbeitsstelle wechseln konnte, wenn seine Lohnforderungen nicht erfüllt wurden. Daraus schließt Dr. Jörissen, daß die Freizügigkeit auch im Lohnkampf für den Arbeitnehmer von großem Wert war und ihm Gelegenheit bot, seine Lebensbedingungen zu verbessern. Das bestreiten auch wir nicht, nur haben wir gesagt, „als ob eine Freizügigkeit beim Fehlen von einer Million Wohnungen überhaupt gegeben wäre". Daran halten wir fest.

Die Vorkriegszeit kann mit der heutigen gar nicht verglichen werden, weil in der Vorkriegszeit rund drei Prozent Wohnungen leer standen, also ein Ueberangebot vorhanden war, wohingegen jetzt rund eine Million Wohnungen fehlen.

Der Reichsarbeitsminister, auf den sich Jörissen beruft, stellt in seiner neuesten Denkschrift fest, daß der laufende Zuwachs des Bedarfs an neuen Wohnungen für die Zeit von 1927—1930 jährlich 225 000, von 1931—1935 jährlich 250 000, von 1936—1940 jährlich 190 000 beträgt! Erst von 1941 an tritt ein starker Rückgang ein. Dazu kommt ein Rückstand durch den Ausfall des Wohnungsbaues von 500—550 000 Wohnungen, ein Ersatzbedarf für abbruchreife Altwohnungen von zurzeit 300 000 Wohnungen, der sich um 30 000 weitere jährlich vermehrt. Es kommen hinzu 750 000 überbelegte Wohnungen und dazu Wohnungen, die durch An- und Umsiedlungen von gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern notwendig sind. Die Hausbesitzer vergleichen immer die Vorkriegszeit mit der heutigen Zeit und schieben die Folgen unseres Wohnungselends der Wohnungszwangswirtschaft zu, statt sie in den Folgen des Welthrieges, des Umsturzes, der Inflation und Markstabilisierung zu suchen. So lange die Wohnungsnot so groß ist wie jetzt, kann von einer wirklichen Freizügigkeit keine Rede sein, auch wenn die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben wird, weil jeder bemüht sein wird, seine Wohnung zu halten, da er nicht weiß, ob er bei einer Aufgabe derselben eine andere geeignete Wohnung erhält.

Jörissen nimmt jetzt auf einmal die Interessen der Mieter wahr. Er meint, sie seien leider häufig darauf angewiesen, mit asozialen Mietern in demselben Hause zusammenzuwohnen. Gewiß gibt es Mieter, die die gleiche sozial rückständige Anschauung haben, aber meistens sind es doch die Hausbesitzer, die die asozialen Mieter aus ihrem Hause haben wollen. Unter asozialen Mietern verstanden wir bisher solche, die in wirtschaftlich bedrängter Lage sich befinden, die kinderreich sind und die Miete schwer aufbringen können und dergleichen mehr. Jörissen setzt hinter asozial zur Kommentierung das Wort verbrecherische Mieter! Er sieht also in jedem asozialen Mieter einen Verbrecher, was so richtig die Geistesrichtung der Herren um Dr. Jörissen kennzeichnet.

Dr. Jörissen fordert, die Mieten in den Altwohnungen denen der Neubauwohnungen anzupassen und zieht dabei eine Erhebung der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zur Begründung seiner Auffassung heran. In dieser Statistik wird festgestellt, daß der Kaufmannsgehilfe als Bewohner einer Altwohnung nur ungefähr 10,19 v. H. seines Gesamteinkommens als Miete verausgabt, während er als Bewohner einer Neubauwohnung 30—40 v. H. seines Gesamteinkommens dafür aufwenden muß. Die Logik nach Dr. Jörissen wäre also, die Altmieten heraufzusetzen, bis sie an die Mieten in den Neubauwohnungen angeglichen sind. Auch wir redeten bisher der Angleichung der Altbaumieten und Neubaumieten das Wort. Wir sehen aber die Lösung nicht darin, allein die Altmieten zu erhöhen, sondern darin, durch Verbilligung des Bauens, erhöhte Zuschüsse aus der Hauszinssteuer, Zinsverbilligung und dergleichen auch die Mieten in den Neubauwohnungen zugleich zu senken. Soeben erst wurde auf der Tagung der Gesellschaft für wirtschaftliches Bauen festgestellt, daß die Baukosten um etwa 20 Prozent gesenkt werden können. Außerdem soll doch auch der Gewinn, der erzielt wird, durch Rationalisierung, Typisierung, vereinfachtes Bauen und dergleichen, nicht nur den Unternehmern, sondern hauptsächlich den Mietern zugute kommen. Eine Zinssenkung um ein Prozent bedeutet eine Vergrößerung der Wohnung um 8—10 Quadratmeter oder um eine entsprechende Verbilligung.

Das Reichsarbeitsministerium, das Herr Jörissen gern zitiert: sagt in einer Denkschrift über die Auswirkungen der Mieterhöhungen:

„Bei dem großen Anteil, den die Mieten an den Ausgaben für den notwendigen Lebensunterhalt hat, ist jede Mieterhöhung von weittragenden Folgen für die Lebenshaltung, für den Verbrauch und damit für die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage. Man wird daher an eine Erhöhung der gesetzlichen Mieten nur dann denken können, wenn man darauf rechnen kann, daß ein großer Teil der Bevölkerung durch eine Erhöhung seines Einkommens den notwendigen Ausgleich dafür erhält ..... Der Zeitpunkt einer Mieterhöhung kann daher nicht willkürlich gewählt werden, sondern er ist bedingt durch den Ablauf der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn eine Mieterhöhung nicht zu einer schweren Belastung der Wirtschaft und der Lebenshaltung werden soll, wird sie zweckmäßig wohl mit einer ansteigenden Bewegung der Konjunktur durchgeführt werden, da dann die Mieterhöhung durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne ausgeglichen werden kann."

Die Folgen einer Mieterhöhung sind für unser Wirtschaftsleben nach diesem Gutachten unabsehbar.

Daß man bei einem Heer von Millionen von Arbeitslosen von einer „guten Konjunktur" reden kann, wird auch Dr. Jörissen nicht behaupten wollen.

Dr. Jörissen zitiert weiter die „Deutsche Arbeit" die gesagt habe, daß die freie Wohnwirtschaft eine Steigerung der Wohnungsmiete um höchstens 15 Prozent bedeute, was eine dreiprozentige Kaufkrafteinbuße ausmache. Bei einer Aufhebung der Zwangswirtschaft könne man in die Nähe der Arbeitsstätte ziehen, Zeit und Fahrgeld sparen.

Jörissen hätte auch die Antwort darauf in der „Deutschen Arbeit", Novemberheft 1928 und Februar 1929, anführen und sagen müssen, daß es sich nicht um eine Arbeit der Redaktion handele, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen einem Vertreter der freien Wirtschaft und einem Vertreter der Ansicht, daß die Zwangswirtschaft zurzeit noch nicht restlos aufgehoben werden kann. Zitieren wir einiges aus der Antwort, die Dr. Jörissen anscheinend absichtlich übersehen hat:

„Die Aufhebung der Zwangswirtschaft soll dem Arbeiter die Möglichkeit geben, in die Nähe seiner Arbeitsstätte zu ziehen und dadurch Zeit und Fahrgeld zu sparen. Das setzt doch voraus, daß genügend Wohnungen vorhanden sein müssen und die Möglichkeit bestehen muß, eine Auswahl zu treffen. Es würde aber nicht so sein, daß der Mieter die Auswahl treffen kann, sondern bei großer Nachfrage nach Wohnungen und wenig Angebot würde sich der Hauswirt die Mieter auswählen. Am schlechtesten kämen dabei wieder weg die Kinderreichen, die Minderbemittelten. Wir wissen, daß vor dem Kriege schon den Kinderreichen ein Leidensweg beschieden war, wenn sie auf Wohnungssuche gingen. Jungverheiratete mußten sich durch einen Revers verpflichten, keine Kinder zu erhalten. Wie jetzt, wo wir unter einer Wohnungsnot zu leiden haben. Der Hausbesitzer wird sich also zahlungsfähige Mieter, sogenannte „anständige" Mieter, bessere Mieter für seine Wohnung auswählen. Kein Wohnungsamt und kein Mietreinigungsamt wären bei Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft mehr in der Lage, wohnungslose Familien zu schützen bezw. sie zwangsweise einzuweisen oder sie vor der Kündigung zu bewahren. Was das für Folgen nach sich ziehen würde, kann sich jeder ausmalen."

Daß Dr. Jörissen den Kampf gegen die gemeinnützigen Baugenossenschaften mit so plumpen Mitteln führt wie in seiner Erwiderung, haben wir nicht erwartet. Er führt ein Beispiel aus Magdeburg an. Dort habe eine soz. Baugenossenschaft von jedem Arbeitsuchenden eine Bescheinigung verlangt über den erfolgten Austritt aus der Kirche, über die Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht, die Bezugsquittung der sozialistischen Zeitung und einen Nachweis über die Mitgliedschaft bei der freien Gewerkschaft. Selbstverständlich verurteilen wir einen solchen Mißbrauch der Baugenossenschaften. Aber deshalb gegen die gesamten gemeinnützigen Baugenossenschaften ein Urteil fällen, wie es Dr. Jörissen tut, besteht kein Grund. Die Praktiken mancher Bauunternehmungen lassen zudem diesen Methoden nichts nach. Wir erinnern nur an das bekannte Wort vom „Bauschwindel", der vor dem Kriege schon bekannt war.

Wir haben deshalb keine Ursache, von unserer Notiz auch nur ein Wort zurückzunehmen.

Neuer Webstuhl in der japanischen Baumwollindustrie

Die japanische Baumwollindustrie, der größte Industriezweig Japans, der mehr als 50 Prozent der japanischen Industriearbeiter beschäftigt, und, was den Baumwollverbrauch anbelangt, mit 10,3 Prozent des Weltverbrauchs nach den Vereinigten Staaten und nach England die drittgrößte Baumwollindustrie der Welt ist, steht vor einer gewaltigen technischen Umwälzung. Die Zahl der Webstühle in der japanischen Baumwollindustrie betrug im Jahr 1927 75 000. Die Textilarbeiterinnen in den japanischen Fabriken bedienen gewöhnlich vier, aber bei den modernen Webstühlen sechs Webstühle. Eine Erfindung des Japaners Toyda hatte die Einführung eines automatischen Webstuhles ermöglicht, bei dem ein Weber imstande ist, bis zu 60 Webstühle zu bedienen. Die Anfänger beginnen mit 10—12 Webstühlen und können nach einem Jahr gewöhnlich 50 Webstühle bedienen. Man rechnet jedoch mit der Bedienung von durchschnittlich 30 Webstühlen, was die billigen Textilarbeiterinnen wohl leisten können. Die Arbeit ist, wie die Zeitschrift „Manchester Guardin Commercial" ausführlich schildert, außerordentlich anstrengend, weil die Arbeiterinnen sich sehr schnell von einem Webstuhl zum anderen in einem großen Raum bewegen müssen.

Die Arbeiterin verdient in Akkordarbeit bei Behandlung von 50 Webstühlen monatlich 48 Jen (84 Mk.), bei 60 Webstühlen 52 Jen (93 Mk.), wozu noch freie Wohnung im gemeinsamen Schlafraum und verbilligte Beköstigung durch die Fabrik (Zuschuß im Wert von etwa 6 Jen im Monat) hinzukommt. Ein automatischer Webstuhl nach dem System von Toyoda kostet etwa 600 Jen (1080 Mk.) gegenüber 200—300 Jen bei den bisher üblichen Webstühlen. Die Ersparnisse an Löhnen sind außerordentlich groß, weshalb in kurzer Zeit nicht weniger als 12 000 automatische Webstühle nach dem Toyoda-System in den Baumwollfabriken Japans eingestellt wurden. Im Juli dieses Jahres wird die Nachtarbeit für Textilarbeiterinnen in Japan abgeschafft. Auch dieser Umstand trägt zur beschleunigten Anschaffung der neuen Webstühle bei. Zweifellos werden sie der japanischen Baumwollindustrie, wenn auch nur vorübergehend, einen Kostenvorsprung auf dem Weltmarkt verschaffen. Der G. G. C. stellt die Frage, ob auch in China, wo eine Arbeitskraft für zwölfstündige Arbeit eine Mark Tageslohn erhält, die Einführung dieser neuen arbeitssparenden Maschine sich bezahlt macht. Unseres Erachtens muß dies zweifellos der Fall sein, weshalb man den Einzug des neuen Webstuhles auch in die zu einem großen Teil im Besitz des japanischen Baumwollkapitals befindliche chinesische Baumwollindustrie erwarten kann.

Bewußte Irreführung!

Die Beweisführung der schlesischen Textilindustriellen

Die anhaltende Aussperrung in der schlesischen Textilindustrie beginnt anscheinend den Industriellen allmählich auf den Fingern zu brennen. Immer wieder versuchen sie, der Oeffentlichkeit ihre angebliche Schuldlosigkeit und ihren „Friedenswillen" plausibel zu machen und Stimmung gegen die Arbeiterschaft und gegen die Gewerkschaften zu machen. Denn nach der Argumentation der Arbeitgeber sind natürlich nur die „unzufriedenen Gewerkschaften" schuld an der erfolgten Aussperrung. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter „aufgehetzt" zu ihren Lohnforderungen; die Gewerkschaften haben „untragbare Forderungen" gestellt; und die Gewerkschaften haben mit Absicht die Verhandlungen zum Scheitern gebracht. In diesem Tone wird immer wieder in der Presse und in der Oeffentlichkeit gegen die Gewerkschaften angegangen. Kein Mittel ist dabei den Arbeitgebern zu schlecht in ihrem Kampfe gegen die Gewerkschaften. Bewußt werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Bewußt wird von dem Verlauf der Aussperrung und über den Verlauf der Verhandlungen in einer Weise berichtet, die alles andere als wahrheitsgetreu ist.

Wie unverfroren dieser Pressefeldzug gegen die Gewerkschaften von den schlesischen Textilindustriellen und ihren Berichterstattern betrieben wird, mag folgendes Beispiel zeigen. Wir stellen nachstehend einige der hauptsächlichsten von den Arbeitgebern in der Presse gemachten Behauptungen den erwiesenen Tatsachen gegenüber:

Sie sagen:	Tatsache ist:
1. Obwohl die Löhne erst im Vorjahr um 15 Prozent erhöht wurden, waren die Arbeitgeber willens, an diesen erhöhten Löhnen nichts zu kürzen, sondern noch gewisse Aufbesserungen zu bewilligen.	1. Die Arbeitgeber forderten: Wegfall der Akkordbegrenzung zum Zwecke des Akkordabbaues. 15prozentigen Lohnabbau für die Flachsgarnspinnereien. — Dr. Klaue (Berlin) erklärte am 11. Mai 1929 in Breslau, daß die Arbeitgeber keinerlei Lohnzugeständnisse machen könnten
2. Die Gewerkschaften sind hierauf nicht eingegangen, ebenso haben sie in der vom Schlichter einberufenen zweiten Verhandlung es abgelehnt, ein Schiedsgericht zu bilden, durch das allein eine Einigung hätte stattfinden können.	2. Die Gewerkschaften haben vergeblich um Zugeständnisse der Arbeitgeber gebeten; sie boten vergeblich in der zweiten Verhandlung den Arbeitgebern an, in freien Verhandlungen eine Einigung zu erstreben. Die Arbeitgeber lehnten das ab.
3. Die 15prozentige Lohnerhöhung des vergangenen Jahres hat den Arbeitern nicht das geringste genützt, weil entsprechend der Lohnerhöhung auch der Beschäftigungsgrad zurückgegangen ist und dadurch eine größere Anzahl Arbeiter entlassen werden mußte. —	3. Die vorjährige Lohnerhöhung hat den Arbeitern nicht das Geringste genützt, weil sie durch den allgemeinen Abbau der Akkordlöhne von den Arbeitgebern illusorisch gemacht wurde. Der zum Teil willkürlich beeinflußte Rückgang der Beschäftigung hat damit nicht das Geringste zu tun.
4. Das Angebot unserer zahlreichen nicht organisierten Arbeiter, „für die gehabten Löhne weiter arbeiten zu wollen", können wir nicht annehmen, weil dies die organisierten Arbeiter mit Gewalt verhindern würden, und weil ferner keine Gewähr dafür vorhanden ist, daß diese Bereitwilligkeit von Dauer ist. Der Fabrikant muß wissen, mit welchen Löhnen er auf lange Zeit zu rechnen hat, sonst geht er zugrunde.	4. Die Gewerkschaften haben die Weiterarbeit für die bisherigen Löhne (nicht für abgebaute Löhne!) bis zur Entscheidung der schwebenden Lohnverhandlungen niemals abgelehnt. Die Rohstoffpreisschwankungen der letzten Jahre sind erheblich höher gewesen, wie die Veränderung des Lohnanteils — ohne daß die Arbeitgeber zugrunde gegangen sind. Eine „Bereitwilligkeit von Dauer" = auf lange Zeit zu abgebauten Löhnen zu arbeiten, muß die Arbeiterschaft zugrunde richten.
5. Für den Widerstand der Gewerkschaften sind keine wirtschaftlichen, sondern politische Gründe maßgebend.	5. Christlich-nationale Gewerkschaften, sozialistische Gewerkschaften und Hirsch-Dunckersche Verbände können niemals gemeinsam einen Kampf mit politischen Gründen führen. Die Not der Arbeiterschaft zwingt sie zur geschlossenen Abwehr.

Unsere Leser mögen aus der vorstehenden Gegenüberstellung der Arbeitgeberbehauptungen und der unwiderlegbaren Tatsachen ersehen, wie plump die schlesischen Textilindustriellen es anstellen, die öffentliche Meinung irrezuführen. Sie können aus der Argumentation der Arbeitgeber aber auch herauslesen, was das Ziel der schlesischen Textilindustriellen ist: der gewerkschaftliche Widerstand der Arbeiterschaft soll gebrochen werden und Uneinigkeit unter die kämpfende Arbeiterschaft getragen werden, um sie willig zu machen, sich dem Diktat der Arbeitgeber „auf lange Zeit", also auf Jahre hinaus widerstandslos zu unterwerfen. Die Arbeitgeber werden sich bei diesem Exempel verrechnen. Die Arbeiterschaft durchschaut ihre Absichten sehr wohl und weiß, woran sie ist. Desgleichen die übrigen Kreise der schlesischen Bevölkerung. Die bestehenden Tatsachen sind allgemein zu bekannt, als daß sie von den Arbeitgebern weggeleugnet werden könnten. Darüber hinaus ist die Notlage der schlesischen Textilarbeiterschaft zu offensichtlich, als daß sie von den Arbeitgebern bestritten werden könnte. Darum gibt es für die schlesische Textilarbeiterschaft nur eines: gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Absichten der Arbeitgeber durch geschlossenes Zusammenstehen bis zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen. M.

Der Reichsjugendtag

Wann wir schreiten Seit' an Seit' und die alten Lieder singen,
Und die Wälder wiederklingen, fühlen wir, es muß gelingen,
Mit uns zieht die neue Zeit, mit uns zieht die neue Zeit.

So soll es singen und klingen, wenn wir mit unserem Wimpel nach Köln zum Reichsjugendtag ziehen! Aus allen Teilen des Deutschen Reiches, von Ost und West, von Süd und Nord werden die jungen Kolleginnen und Kollegen kommen. Das wird ein frohes Treffen werden in der alten, ehrwürdigen Domstadt Köln.

Auf zum Jugendtag nach Köln! So muß die Parole der jugendlichen Verbandsmitglieder heißen. Schon bald rückt der Jugendtag heran. In allen Gruppen ist bereits ein eifriges Rüsten und Sparen für diesen Tag bemerkbar.

Schon das erste Reichsjugendtreffen in Essen im Jahre 1926 war ein guter Erfolg. Diese Kundgebung muß jedoch die erste an Teilnehmerzahl bedeutend übertreffen. Die Tagung muß und wird zu einer machtvollen Kundgebung der christlichen Gewerkschaftsjugend werden. Hier wollen wir Stellung nehmen zu den Fragen, die uns als junge Gewerkschaftler bewegen.

„Werktätige Jugend und Aufstieg der Arbeiterschaft." Das ist der Leitgedanke, unter dem die Jugendkundgebung steht. Es ist ein Problem, an dem gerade wir als jugendliche Gewerkschaftler das größte Interesse haben müssen. Wir sind die zukünftigen Träger der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen die Idee der Bewegung weiterführen. Den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft in Zukunft fördern, wird vornehmlich das Werk der heranwachsenden Generation sein.

In Köln wollen wir der Oeffentlichkeit zeigen, daß auch wir als Jugendliche treu und fest zur Idee der christlichen Gewerkschaft stehen, daß es auch Tausende von jugendlichen christlichen Gewerkschaftlern gibt, die ihres Standes Not und Ziel erkennen. Wir wollen zeigen, daß es auch noch eine Jugend gibt, die sich nicht allein von leichter Unterhaltung und Vergnügen beeinflussen läßt; die im Gegenteil den Ernst des Lebens und die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung erkennt. Zu ihr wollen wir unser Bekenntnis ablegen. Zugleich soll die Tagung ein Ansporn sein zu weiterer fruchtbarer Zukunftsarbeit.

Unser Verband ist einer der größten im Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß wir eine große Anzahl der Teilnehmer am Reichsjugendtag stellen müssen. Unser Verband darf an Teilnehmerzahl neben den Bruderverbänden nicht zurückstehen. Er muß sich ihnen würdig zur Seite stellen können. Es erwächst daher besonders der rheinischen Textilarbeiterjugend eine große Aufgabe. Sie müssen die Massen stellen. Das ist durch die günstige Bahnverbindung auch leicht möglich. Die Kosten werden für sie bei weitem nicht das betragen, als bei denen aus den entfernten Bezirken. Es ergeht darum insbesondere an die rheinische Jugend der Ruf, sich möglichst zahlreich am Reichsjugendtag zu beteiligen. Aus den Außenbezirken werden der Entfernung wegen nur Wimpeldeputationen entsandt werden können.

Ebenso wird unser westfälischer Verbandsbezirk in erster Linie nur Wimpelabteilungen nach Köln entsenden. Die westfälische Jugend wird an dem Bezirksjugendtreffen unseres Verbandes in Bocholt teilnehmen. Aus diesem Anlaß wird eine sehr starke Beteiligung der westfälischen Jugend am Reichsjugendtag in Köln nicht zu erwarten sein.

Mit doppeltem Eifer heißt es darum für unsere rheinische Textilarbeiterjugend, sich auf den Tag vorbereiten. In allen Ortsgruppen und Jugendgruppen muß eine rege Propaganda für den Reichsjugendtag entfaltet werden. Unsere Jugendlichen müssen selbst darauf bedacht sein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit unter ihren Arbeitskollegen für den Besuch des Reichsjugendtages zu werben. Wenn alle, Jugend- und Ortsgruppenvorstände, ihr Möglichstes tun, so werden wir auch auf eine gute Beschickung des Reichsjugendtages durch unseren Verband hoffen können.

W. G.

Ein Betriebsrat berichtet

Im letzten Jahre wurden nicht weniger als 32 Betriebs- bezw. Arbeiterratssitzungen abgehalten. Von 64 Einsprüchen gegen Kündigungen wurden 53 vom Arbeiterrat als berechtigt anerkannt und die Kündigungen von der Firma zurückgenommen. Fünf Arbeiter hatten die Einspruchsfrist nicht gewahrt und mußten den Betrieb verlassen. Persönliche Anträge auf Beschaffung von Arbeitskleidung, Einlegung einer Kaffeepause und auch solche hygienischer Art wurden im ganzen 12 gestellt und vom Arbeiterrat der Betriebsleitung weitergegeben. Sämtliche Lohnabzüge und Lohnregulierungen der Direktion konnten unterbunden bezw. abgeschwächt werden. Betriebsverbesserungen hat der Arbeiterrat in zwei Fällen angeregt; diese Anregungen wurden von der Firma sofort ausgenutzt. Bei der Regelung der Arbeitszeit mußte der Arbeiterrat 11 mal mitwirken.

Leider konnte es der Arbeiterrat nicht verhindern, daß in 10 Fällen Geldstrafen verhängt werden mußten. Bei einer Belegschaft von 2000 Arbeitern ist diese Zahl immerhin erträglich. Hunderte von Anfragen über die Höhe des Lohnes, der Steuer, des Krankengeldes wurden zur Zufriedenheit der Ratsuchenden beantwortet.

So erfordert das Amt eines Betriebsvertreters sehr viel Kenntnisse der gesetzlichen Bestimmungen des Berufs und des Betriebs, Verständnis für die Nöten der Arbeitskollegen, Taktgefühl und Menschenkenntnis und, was das Wichtigste ist, der Betriebsvertreter muß ein Verhandlungsgenie sein. Die Zeit hat längst erwiesen, daß der Betriebsvertreter nicht nur bei Abstellung von Mängeln gern gesehen wird, sondern auch dann, wenn er den Prellbock abgeben muß für alles, was im Betrieb zu Beanstandungen Anlaß gibt. Den Nörglern und Kritisierern mögen die vorstehenden Zeilen dazu dienen, ihre Gesinnungen zu ändern und die Betriebsvertreter in ihrem Amte zu unterstützen.

Eine erfolgreiche Arbeit des Betriebsvertreters ist selbstverständlich nur dann möglich, wenn er sich im Betriebe auf eine gut geschulte und organisierte Arbeiterschaft verlassen kann. Bei dieser muß auch einmal das Verständnis dafür da sein, daß der Betriebsvertreter nicht jeden Wunsch der Arbeiterschaft erfüllen kann.

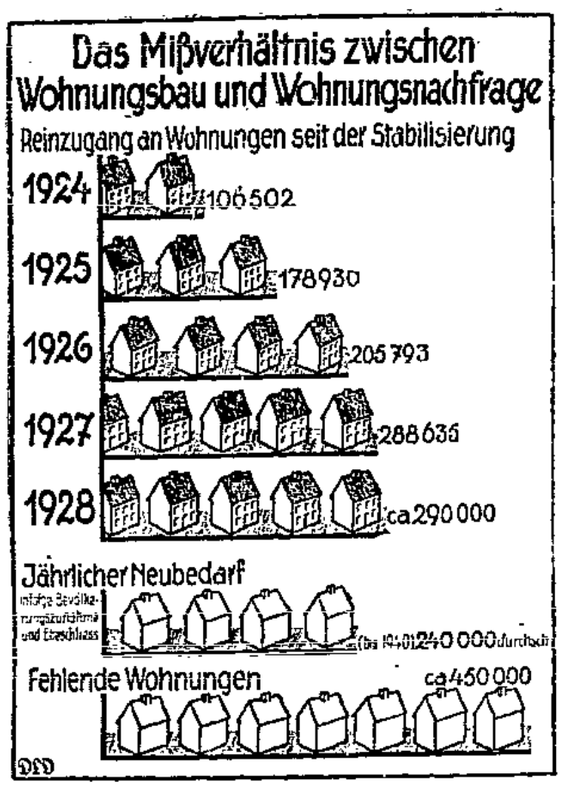
Der organisierte Arbeiterrat muß innerhalb des Betriebes der ruhende Pol sein, um den sich alles dreht. Das Ziel für jeden einzelnen muß sein, durch Stärkung der Organisation dem Betriebsvertreter den nötigen Rückhalt zu verschaffen. R. B.

Kirche und soziale Konflikte

Eine beliebte Behauptung der sozialistischen Partei und Gewerkschaften ist seit jeher die „sozialreaktionäre Einstellung der Kirche" gewesen. Das folgende Beispiel aus der nordfranzösischen Industrie ist eine treffende Widerlegung dieses plumpen Schwindels:

Ein in der Industrie im nördlichen Frankreich durchgeführter Lohnkampf brachte wegen seiner monatelangen Dauer die Arbeiter in eine Notlage, die immer größer wurde. Daher eröffneten die christlichen Gewerkschaften zur Unterstützung der vom Streik betroffenen Familien eine Subskription, bei welcher der Bischof von Lille, Msgr. Lienart, als erster 1000 Francs zeichnete. Dies rief in gewissen Kreisen Unwillen hervor. In einem Briefe an seinen Klerus stellte daraufhin der Bischof die Beweggründe dar, die ihn geleitet hatten: „Ich erfülle meine Pflicht der Nächstenliebe, indem ich das **materielle** Elend unterstütze." Wenn durch einen sozialen **Konflikt Menschen**leben und Gesundheit bedroht sind, muß **die Nächstenliebe ihnen** zu Hilfe kommen. Sie hat nicht zu fragen, **wer im Recht und** wer im Unrecht ist. Man bringt im Krieg den Verwundeten Hilfe, ohne zu fragen, welchem Lager sie angehören. Es sind Menschen — das genügt. Ich habe meine Pflicht noch mehr erfüllt, da ich auch den Seelen zu Hilfe kam. Denn es geht in diesem wie in jedem menschlichen Konflikt um Seelen, dies darf nicht vergessen werden. Ich erkenne in dem Verlangen nach einem Schiedsgericht, um das die christlichen Gewerkschaften in der zweiten Phase dieses Kampfes ansuchten, die Stimme christlicher Seelen. Das Schiedsgericht ist ein moralisch höherstehendes Mittel zur Lösung eines Konfliktes, als der erbarmungslose Kampf. Die es vorschlagen und sich damit einverstanden erklärt haben, ohne zu wissen, wem es recht geben wird, handeln im Sinne der Kirche, im Sinne eines christlichen Gewissens.

Würde die Stimme der Kirche gehört, so würden keine solchen Kämpfe entstehen. Wenn nun dieselben gegen ihren Willen ausbrechen, so fordert sie wenigstens das Recht, ihre Aufgabe in der Ausübung der Nächstenliebe erfüllen zu können.



Das Mißverhältnis zwischen Wohnungsbau und Wohnungsnachfrage in Deutschland.

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens zeigt sich am sinnfälligsten, wie wenig Deutschland bisher in der Lage war, die Lücken, die die Kriegs- und Nachkriegsjahre gerissen haben, aufzufüllen und darüber hinaus mit der Bevölkerungszunahme Schritt zu halten. Obwohl gerade in den letzten Jahren die größten Anstrengungen gemacht wurden, die Wohnungsnot zu lindern, fehlen heute noch nahezu eine halbe Million Wohnungen. Nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung ist in Deutschland heute jede zwölfte Haushaltung ohne eigene Wohnung.

Sekretariatskonferenz Waldshut

Am Sonntag, den 26. Mai, fand unsere diesjährige Frühjahrskonferenz statt, die von allen Ortsgruppen beschickt war. Der üblichen Begrüßung schloß sich der Geschäftsbericht des Sekretariatsleiters, Kollegen Bundt, an. Die Mitgliederentwicklung und Kassenverhältnisse sind von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit beeinträchtigt. Dem Bericht des Bezirksleiters Rümmele über die Lage im Bezirk konnte entnommen werden, daß die der Organisation gestellten Aufgaben immer größere geworden sind. Auch der Bezirk konnte nur schwer die gestellten Aufgaben finanzieren. Als Ausgleich wurde einstimmig beschlossen, den Lokalbeitrag ab 1. Juli von 10 auf 15 Pfg. zu erhöhen. Die Ausführungen des Bezirksleiters über den Mantelvertrag und seine Anwendung brachten manche Aufklärung. Die Sozialversicherung, ihr notwendiger Um- und Ausbau sowie der heutige Kampf um den Ausbau oder Abbau der Sozialversicherung wurde vom Kollegen Bundt behandelt. Zum Schlusse konnten den Werbern die vorgesehenen Prämien ausgehändigt werden. Ein gemütliches Stündchen folgte der schön verlaufenen Konferenz.

Allgemeine Rundschau

Richtig sitzen — gut arbeiten!

Im deutschen Arbeitsschutzmuseum, Berlin-Charlottenburg, wird von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene und dem Deutschen Arbeitsschutzmuseum, in Verbindung mit dem Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, eine Sonderausstellung „Arbeitssitz und Arbeitstisch" veranstaltet.

Die industrielle und gewerbliche Rationalisierung, die in der Durchforschung von Betrieben zwecks Aufdeckung der verschiedenen Möglichkeiten, Verluste bei der Arbeitsausführung zu vermeiden, besteht, bedingt auch eine vernunftgemäße Ausgestaltung der Arbeit der in den Betrieben tätigen Menschen. In diesem Zusammenhange spielt die richtige Körperhaltung bei der Arbeit eine wichtige Rolle, sie trägt dazu bei, vorzeitige Ermüdung und Abnutzung zu verhüten. Statistische Halte-Arbeit, die der Körper auch schon beim ruhigen Stehen, beim Sitzen und Gehen zu verrichten hat, soll durch Gewährung geeigneter Stützpunkte für den arbeitenden Körper möglichst verringert werden. Ferner soll jede nicht durch die Arbeit unmittelbar bedingte Bewegung ausgeschaltet werden. Die Voraussetzung ist geeignete Ausbildung des Arbeitsplatzes und des Arbeitssitzes. Innerhalb ihrer Rationalisierungsarbeiten haben verschiedene große Betriebe bereits der Arbeitsplatzgestaltung ihre Aufmerksamkeit gewidmet und namentlich auch die Frage des Arbeitssitzes und des Arbeitstisches systematisch untersucht. Die bei ihnen erzielten arbeitshygienischen und wirtschaftlichen Erfolge veranlaßten den Ausschuß für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Leitsätze über Arbeitsstühle, Arbeitssitze und Arbeitstische aufzustellen und eine Sonderausstellung über den heutigen Stand der Frage anzuregen, um weitere Kreise darauf aufmerksam zu machen und zur Mitarbeit anzuregen, denn eine ganze Reihe von Arbeiten, die jetzt noch im Stehen ausgeführt werden, können sitzend verrichtet werden.

Aus unserer Jugendbewegung

Wangen i. Allgäu.

Am Freitag, den 24. Mai, hielt unsere Jugendgruppe ihre Versammlung ab. Jugendführer Schmid begrüßte die jungen Kollegen sowie die beiden Vorsitzenden der Ortsgruppe und gab die Tagesordnung bekannt. Jugendvorstand Müller, welcher bei der Konferenz in Ulm war, gab einen kurzen, aber guten Bericht über dieselbe. Jugendführer Schmid gab bekannt, daß am kommenden Sonntag eine Maientour ausgeführt werden soll, ein langgehegter Wunsch aller jungen Kollegen.

Am Sonntag früh 4 Uhr gingen wir los. Herrliches Maiwetter war uns hold. Unser Ziel war das alte Schloß bei Ratzenried. Um 6.30 Uhr kamen wir droben an. Die Ruinen und Ueberreste der Mauern erzählen heute noch von der alten Ritterburg. Anschließend an die Besichtigung wurde die Magenfrage gelöst. Wie mundete es da gut in Gottes freier Natur! Darauf wurde der Heimweg wieder angetreten, und mit der Genugtuung, einige schöne Stunden verlebt zu haben, kamen wir um 9.30 Uhr in Wangen an. J. Sch.

Berichte aus den Ortsgruppen

Wangen i. Allgäu. Am Samstag, den 1. Juni, hielt unsere Ortsgruppe im Lokale „Zur Traube" ihre Mitgliederversammlung ab. Der Besuch hätte etwas besser sein dürfen. Um 8.30 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Kempter, nach üblicher Begrüßung die Versammlung. Nach der Protokollverlesung folgte Berichterstattung über die Konferenz in Ulm. Der Vorsitzende gab ein klares Bild über die Entwicklung des Mitgliederstandes und den Markenverkauf in unserem Sekretariat. Weiter sprach er über die Werbeprämienverteilung, bei welcher auch unsere Ortsgruppe mit ganz schönen Preisen bedacht wurde. Die Erhöhung des Lokalbeitrages ab 1. Juli rief eine rege Debatte in der Versammlung hervor, da wir zum Teil Kurzarbeit mit 32 Stunden haben. Kollege Kempter sprach dann über den Vortrag des Kollegen Maubach: „Ziele der christlichen Gewerkschaften", welcher sehr lehrreich und aufklärend war. Zu Punkt 3 gab der Kollege Schmid einen Bericht über den Verlauf der Betriebsratswahlen und über seine Tätigkeit als Betriebsratsmitglied. Auch an diese Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion über Arbeitszeit, Urlaub und sonstige Betriebsangelegenheiten. Mit dem Wunsche auf guten Besuch am 5. Juli, wenn die Kollegin Woitasky nach Wangen kommt, schloß der Vorsitzende um 10.30 Uhr die Versammlung. J. Sch.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Die Herren „Dreißiger" von heute. — Schlesische Hungerlöhne. — Die wirtschaftliche Seite. — Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! Praktische Jugendarbeit. — Bilanzstatistik der deutschen Aktiengesellschaften. — Die Wohnungspolitik im sozialen Volksstaat. — Bewußte Irreführung! — Neuer Webstuhl in der japanischen Baumwollindustrie. — Der Reichsjugendtag. — Ein Betriebsrat berichtet. — Kirche und soziale Konflikte. — Sekretariatskonferenz Waldshut. — Feuilleton: Aufbruch. — Jugend, Werk und Beruf. — Allgemeine Rundschau: Richtig sitzen — gut arbeiten! — Aus unserer Jugendbewegung: Wangen i. Allgäu. — Berichte aus den Ortsgruppen: Wangen i. Allgäu. Inserate.

Sie sparen 50% Statt 20 nur 10 Pf. „Gloria" 12 cm gr. Uebersee-Zigarre höchster Qualität. 50 St. M 5.-, 250 St. noch billiger nur M 24,50, portofrei geg. Nachn. Preisliste gratis. Fabr. Weckmann, Zig.-Fabr., Hanau- F 14

Harmonium beste Hausmusik
Prämiiert mit nur goldenen Medaillen. Teilzahl. gestattet. Verkauf an Privat. Katal. ums. Kinderleicht ist das Spiel mit Apparat.
Max Horn Harmoniumfabrik
Eisenberg Thür. (früher Zwickau/Werdau)

Erstaunt ist jeder über Füllkraft u. Billigkeit meiner echt böhmischen Bettfedern
Graue per Pfd. 0.80, 1.40, 1.60 RM. Rupf- u. Halbdaunen 2.80, 3.50. RM. Weiße 3.60, 4.50, 5.50 u. 6.50 RM. Graue Mandarinendaunen, wunderbar füllkräftig u. weich, 7.— und 9.80 RM. Verl. Sie kostenlos Muster u. Preisliste. Auch für Betten. Umt. gestattet oder Geld zurück. Von 20 RM. an fr. Nachnahme.
A. Zapf, Zell-Harmersbach 256 (Baden). Gegr. 1858

„Der Deutsche" ist die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften.

Kugel-Käse
rot, gesunde Ware, o. Abfall 2 Kgl.-9 Pfd. 3.95. 200 Harz. Käse Ia 3.95. 100 dto. u. 1 Kgl.-Käse 3.95 ab hier Nachnahme
K. Seibold, Worfort/Holst. Nr. 362

Betten
federdicht echt rot gestr. Bettköper mit 17 Pfd. zartweicher Federfüllung, gr. 1½ schläf. Oberbett, Unterbett, zwei Kissen zus. 37.50 Mk. dasselbe mit prima Federfüllung 47.50, dasselbe in echtrot Daunenköper prima prima Ia. Ausführung 59.50. Bettfedern billigst. Muster und Preisliste gratis. Tausende Kunden, Nachbestellungen, Dankschreiben. Nichtgefallend Umtausch od. Geld zurück.
Bettenfabrik Frankrone Kassel 16, Postfach 80

Roman Greulich
Lithogr. Anstalt
Berlin NO 43
Beitragsmarken
Rabattmarken
Etiketten, Diplome

Dr. Zinssers Gicht- u. Rheumatismustee hat sich seit 30 Jahren vorzüglich bewährt. Ueber 20000 Anerkennungen. Paket M. 1.80 u. 2.50 in fast all. Apoth.
Dr. Zinsser & Co. G. m. b. H. Leipzig 23